Begründung:

I Einleitung

Der Kreistag beauftragte am 06. Februar 2008 den Landrat zum nachfolgenden Kreistag einen Bericht über die Umsetzung der Drucksachen-Nr.: 15-A/2005 sowohl hinsichtlich der aktuellen Fallzahlen sowie der finanziellen Auswirkungen und Entwicklungen als auch der qualitativen Aspekte zu geben.

Der Landkreis Uckermark ist als örtlicher Träger der Sozialhilfe für die Gewährung von Leistungen nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) sachlich zuständig.

Der nach außen wahrnehmbare Kern der Sozialhilfe im klassischen Sinne war jahrelang davon geprägt, dass Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach §§ 11 ff. des damaligen Bundessozialhilfegesetzes (BSHG) bzw. der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung gewährt wurden. Beide Teilbereiche sind nunmehr in das SGB XII überführt worden.

Allerdings geht der gesetzgeberische Auftrag, der dem Sozialhilfeträger früher durch das Bundessozialhilfegesetz und zwischenzeitlich durch das SGB XII aufgegeben wurde bzw. wird, wesentlich weiter. Der Sozialhilfeträger erbringt heute vorrangig Leistungen der Eingliederungshilfe an Menschen, die wesentlich behindert oder von einer wesentlichen Behinderung bedroht sind sowie auch Leistungen der Hilfe zur Pflege. Er erbringt also Leistungen, die an einem konkreten persönlichen Hilfebedarf ausgerichtet sind.

Um diese Leistungen sinnvoll zu unterstützen bzw. erst zu ermöglichen, obliegt dem Landkreis Uckermark auch die Unterhaltung entsprechender Beratungs- und Unterstützungsstrukturen. Der Auftrag des Sozialhilfeträgers erstreckt sich nicht auf die bloße Versorgung mit Sach- oder Geldleistungen. Der Sozialhilfeträger hat sicherzustellen, dass es Angebote gibt, die einzelne Personen zur Selbsthilfe befähigen. Dies ist eine der obersten Prämissen der Sozialhilfe.

Bei der Durchführung und Umsetzung des SGB XII sollen die Träger der Sozialhilfe nach § 5 Abs. 2 SGB XII mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts sowie den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege zusammenarbeiten. Im Rahmen der Kooperation ist darauf zu achten, dass die Selbständigkeit in der Zielsetzung und Durchführung der Aufgaben gewahrt bleibt. Gemäß § 5 Abs. 3 SGB XII soll die Zusammenarbeit darauf gerichtet sein, dass sich die Sozialhilfe und die Tätigkeit der freien Wohlfahrtspflege zum Wohle der Leistungsberechtigten wirksam ergänzen, wobei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe vom Gesetzgeber aufgegeben wird, die Träger der freien Wohlfahrtspflege in ihrer Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialhilfe angemessen zu unterstützen. Aus dem Regelungskontext ergibt sich nach § 5 Abs. 4 SGB XII ein Vorrang von Leistungen der Träger der freien Wohlfahrtspflege, d.h. der Träger der Sozialhilfe soll von eigenen Leistungsangeboten absehen, wenn bereits entsprechende Angebote durch die Träger der freien Wohlfahrtspflege vorgehalten werden. Die dargestellten gesetzgeberischen Intentionen spiegeln die Rahmenbedingungen wider, die das BSHG früher vorgab. Sie wurden mit der Überführung in das SGB XII inhaltlich aufgegriffen und weitergeführt.

Auch die grundsätzlich, für alle Bereiche des Sozialleistungsrechts zutreffenden Bestimmungen des § 17 Abs. 3 des Ersten Buches Sozialgesetzbuch (SGB I) fordern die Zusammenarbeit der jeweiligen Sozialleistungsträger mit gemeinnützigen und freien Einrichtungen und Organisationen in der die Leistungsträger darauf hinwirken, dass sich ihre Tätigkeiten und die der genannten Einrichtungen und Organisationen zum Wohl der Leistungsempfänger wirksam ergänzen. Ebenso wie im SGB XII wird in § 17 Abs. 3 S. 2 SGB I postuliert, dass auf die Selbständigkeit der Einrichtungen und Organisationen in der Zielsetzung und Durchführung ihrer Aufgaben zu achten ist.

Von diesen Vorgaben ist die Zusammenarbeit des örtlichen Trägers Sozialhilfe mit den Organisationen geprägt.

Der Landkreis Uckermark arbeitet seit Jahren intensiv mit den Trägern der freien Wohlfahrtspflege zusammen. So konnte in enger Abstimmung mit den Leistungsanbietern ein gut entwickeltes Versorgungsangebot an sozialen Diensten, die der allgemeinen Daseinsvorsorge dienen, aufgebaut werden.

Der Landkreis fördert im Rahmen der „Richtlinie über die Förderung der freien Wohlfahrtspflege im Landkreis Uckermark“ - Drucksachen-Nr.: 148/2001 - den Aufbau bzw. auch den laufenden Betrieb von Projekten und Maßnahmen der Träger der freien Wohlfahrtspflege soweit die Finanzierung nicht durch andere öffentliche Leistungen bzw. aufgrund landes- oder bundesrechtlicher Vorschriften sichergestellt werden kann oder sonstige Einnahmen erzielt werden können. Es erfolgt somit eine Fehlbedarfsfinanzierung. Nach Punkt 4 der Richtlinie sollen nur solche Projekte und Maßnahmen gefördert werden, die insbesondere für die Gewährleistung einer stabilen ambulanten sozialen Infrastruktur im Landkreis Uckermark unabdingbar sind.

Mit der Einführung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch (SGB II) - Grundsicherung für Arbeitsuchende - erfolgt eine enge Abstimmung mit den Aufgabenbereichen, die nach den Vorschriften des § 16 Abs. 2 S. 2 zu erbringen sind. Das sind insbesondere

- die Pflege und Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen,
- die Schuldnerberatung,
- die psychosoziale Beratung,
- die Suchtberatung.

Durch die enge Abstimmung zwischen der durch das Sozialamt verantworteten Förderung der freien Wohlfahrtspflege gemäß der Richtlinie des Landkreises Uckermark und der durch das Grundsicherungsamt sicherzustellenden genannten Leistungen können Synergieeffekte erschlossen werden, um das soziale Dienstleistungsangebot in erforderlichem Umfang, nach einheitlichen Maßstäben und mit guter Effektivität zu sichern.

Kennzeichnend für die hier darzustellende Förderung der freien Wohlfahrtspflege im Landkreis ist, dass es sich bei den geförderten Angeboten um niedrigschwellige offene Angebote handelt, die für alle Betroffenen, die der Unterstützung durch das jeweils vorgehaltene Leistungsangebot bedürfen, zugänglich sind.

Der Zugang ist nicht abhängig von einem Verwaltungsverfahren, einem Antrag oder Zuwendungsbescheid. Hemmungen bei der Inanspruchnahme durch den jeweilig Betroffenen, bzw. Schwellenängste sollen weitgehend vermieden, durch Freiwilligkeit und bewusstes Entscheiden für die Inanspruchnahme sollen die Eigenverantwortlichkeit und Mitwirkungsbereitschaft der Hilfebedürftigen gefördert werden. Als weiteres Ziel soll der Verwaltungsaufwand so gering wie möglich gehalten werden.

Aus diesen Gründen und der Achtung von Selbständigkeit in Zielsetzung und Durchführung der Aufgabe der Wohlfahrtsverbände folgt eine große Vielfalt der erbrachten Leistungen, die eine deckungsgleiche statistische Auswertung der Angebote verschiedener Träger erschwert.

Die nachfolgenden Aussagen beruhen vorwiegend auf den Tätigkeits- und Sachberichten der Träger und den Feststellungen, die im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung über die ausgereichten Fördermittel getroffen wurden. Sie geben die Ergebnisse der geförderten Angebote nicht vollständig wieder, sondern konzentrieren sich auf inhaltliche Schwerpunkte.

II Inhalt der Drucksachen-Nr.: 15-A/2005

Die Drucksachen-Nr.: 15-A/2005 beinhaltet die Fortschreibung des Konzeptes zur Förderung der freien Wohlfahrtspflege für das Jahr 2006.

Die allgemeinen Grundsätze für das Jahr 2006 waren zunächst davon gekennzeichnet, dass unter anderem erstmals eine anteilige Finanzierung der Schuldnerberatungsstellen, der Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke und der Suchtberatungsstellen aus Mitteln des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende erfolgte. Damit wurde der Zweck verfolgt, unangepasste Doppelförderungen zu vermeiden. Auch war es so möglich, das vorzuhaltende Dienstleistungsangebot in erforderlichen Umfang bereit zu stellen. Da auf bereits bestehende Strukturen zurückgegriffen wurde, konnten die Angebote auch nach einheitlichen Maßstäben bereitgestellt werden. Mit der Partizipation des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende an den Angeboten ging ein steter Abstimmungsprozess zwischen den Ämtern der Verwaltung und der LIGA der Wohlfahrtsverbände einher, wobei ein Schwerpunkt darin lag, die Arbeit der Träger - sofern möglich - mit dem Eingliederungsinstrumentarium des SGB II zu unterstützen.

Im Rahmen der Fördermittelvergabe wurde auf verschiedene Fachplanungsbereiche abgestellt. In diesen wurden exemplarisch Erläuterungen zu Schwerpunkten und Veränderungen zum Vorjahreszeitraum gegeben. Der Bereich der Fördermittelvergabe war unterteilt in die Fachplanungsbereiche:

1. Pflegeergänzende Dienste
2. Altenhilfe
3. Behindertenhilfe
4. Zielgruppenübergreifende Dienste
5. Hilfen für psychisch Kranke und Suchtkranke.

III Auswertung

1. Fachplanungsbereich Pflegeergänzende soziale Arbeit

Die pflegeergänzende soziale Arbeit bzw. die pflegeergänzenden sozialen Dienste wurden im Berichtszeitraum von insgesamt 5 Trägern begleitet, die in unterschiedlicher Höhe gefördert wurden.

Träger	Förderungen in €	Beratungskontakte 2006	Beratungskontakte 2005
Diakoniestation Prenzlau e. V.	23.000	820*	960*
Volkssolidarität Bbg e. V. KV – Uckermark	11.750	145 **	-----
DRK Uckermark West/Oberbarnim e. V.	23.100	189	176
DRK Uckermark Ost e. V	23.500	1.391*	1.288*
MAQT	11.750	1747*	-----

* Hierbei sind neben der aufsuchenden Beratung unter anderem auch telefonische Beratungen und auch Kontakte zu Behörden usw. erfasst

** Hausbesuche zzgl. der allgemeinen Beratungen

Bei der Umsetzung der pflegeergänzenden sozialen Arbeit haben die Leistungsanbieter untereinander vereinbart, dass eine Beratung über die Trägerstrukturen hinweg zu Fragen erfolgen sollte, die mit der Erbringung von Pflegeleistungen zusammenhängen. Die Beratungsleistungen richteten sich dabei nicht nur an die Pflegebedürftigen selbst, sondern auch an deren Angehörige, die sich z. B. zunehmend mit Demenzkranken überfordert sahen.

Bezogen auf die Beratungsleistungen standen natürlich Beratungen zu den Leistungen der Pflegeversicherung im Vordergrund, z. B. Fragen der Grundpflege, der sozialen Sicherung von Pflegepersonen, wenn beispielsweise Angehörige die Pflege übernommen haben. Aber auch Beratungen anlässlich von Widerspruchsverfahren bei der Einordnung in verschiedene Pflegestufen sowie bei ärztlichen Verordnungen waren Gegenstand der Tätigkeit. Die Beratung ging in vielen Bereichen auch weiter. Es erfolgen Auskünfte zu Antragstellungen in den Bereichen des Wohngeldes und der Beantragung von Schwerbehindertenausweisen. Aber auch Fragen zum Bereich des SGB XII, z. B. die Erbringung einmaliger Leistungen, wurden beantwortet. Die Gestaltung altersgerechten Wohnraumes rückte zunehmend in den Mittelpunkt der Tätigkeit; dies auch in Zusammenarbeit mit den Wohnungsbauunternehmen.

Essentiell ist, dass die Sozialarbeiter der jeweiligen Träger vor Ort waren. Sie konnten eine im Bedarfsfall aufsuchende Betreuung und Beratung sicherstellen. Dies kann der Sozialhilfeträger nicht in dem Umfang leisten, wie es die geförderten Dienste taten. Durch die aufsuchende Beratung konnte Vereinsamungstendenzen entgegengewirkt werden. Diese traten und treten immer häufiger bei älteren Menschen auf. Oftmals waren die Familienangehörigen weggezogen und weitergehende soziale Kontakt bestanden kaum noch.

Regelmäßig erfolgte der Erstkontakt mit den Ämtern oder den Pflegekassen unter Mitwirkung der Sozialarbeiter. Sie halfen, bei den Betroffenen Hemmschwellen zu beseitigen, wenn es um die Beantragung staatlicher Hilfen ging. Die Sozialarbeiter waren vor Ort oftmals der erste Ansprechpartner, wenn Wohnungsunternehmen oder Nachbarn auf Verwahrlosungszustände aufmerksam wurden. So konnte kurz und unkompliziert eine erste Hilfe ermöglicht werden.

Wenngleich den Sozialhilfeträger eine allgemeine Beratungspflicht trifft, war und ist diese aber regelmäßig nicht aufsuchend ausgestaltet.

2 Altenhilfe

2.1 Seniorenbegegnungsstätten

Im Rahmen der Altenhilfe förderte der Landkreis Uckermark im Berichtszeitraum insgesamt 13 Seniorenbegegnungsstätten, indem die Personalkosten für die Anleiterstellen anteilig getragen wurden. Die Förderung betrug 58.500 €. Die geförderten Begegnungsstätten befanden sich in Angermünde, Schwedt, Templin und Prenzlau. In den Begegnungsstätten wurden aber zugleich auch MAE-Kräfte eingesetzt. Auch Personen, die ehrenamtlich tätig sein wollten, boten ihre Mitarbeit in den Begegnungsstätten an.

Die Begegnungsstätten sollten für ältere Menschen eine Anlaufstelle sein, um gerade Vereinsamungstendenzen entgegen wirken zu können. Dort fanden die Senioren eine sinnvolle Freizeitgestaltung. Es bestand die Möglichkeit, seinen Hobbys nachzugehen. Natürlich wurden auch Feste gefeiert und Tanzveranstaltungen durchgeführt.

Der Landkreis Uckermark förderte anteilig die Personalkosten für 3 Seniorenbegegnungsstätten der Volksolidarität in Brandenburg e. V. - Kreisverband Uckermark. In den Begegnungsstätten der Volksolidarität in Angermünde bzw. in Prenzlau wurden im Berichtszeitraum insgesamt 846 Veranstaltungen durchgeführt. Diese wurden von 10.257 Teilnehmern besucht.

Seitens der Arbeiterwohlfahrt wurden im Berichtszeitraum 5 Seniorenbegegnungsstätten gefördert. Diese befanden sich alle in Schwedt. Im Jahr 2006 wurden dort insgesamt 1.048 Veranstaltungen durchgeführt, an denen auf das Jahr gerechnet insgesamt 15.779 Besucher teilnahmen.

Das DRK KV Uckermark Ost e. V. erhielt eine Förderung für zwei Begegnungsstätten. Diese befanden sich in Schwedt und Angermünde. An den dort durchgeführten Veranstaltungen nahmen insgesamt 7.556 Personen teil.

Die Aufzählung der Begegnungsstätten ist nicht abschließend. Im Landkreis Uckermark wurden und werden auch weitere durch die Träger der freien Wohlfahrtspflege betreut. So befinden sich beispielsweise in Lychen, Gramzow oder auch Brüssow entsprechende Angebote.

Im Hinblick auf die Förderung von insgesamt 58.500 €, die lediglich für die Anleiterstellen ausgereicht wurden, zeigte sich angesichts der Besucher- und Teilnehmerzahlen eine große Breitenwirkung.

2.2 Niedrigschwellige Betreuungsangebote nach dem Pflegeleistungsergänzungsgesetz

Ebenfalls im Bereich der Altenhilfe sind niedrigschwellige Betreuungsangebote nach dem Pflegeleistungsergänzungsgesetz (§ 45 b Abs. 1 Nr. 3 und § 45 c Abs. 1 SGB XI) anzusiedeln. Die Pflegekassen haben die Notwendigkeit erkannt, für Menschen, die insbesondere an demenziellen Erkrankungen leiden, besondere ambulante Angebote einzurichten.

Im Landkreis Uckermark wurden im Berichtszeitraum 4 Projekte gefördert. Dabei handelte es sich um eine anteilige Förderung. Sowohl die Pflegekassen als auch der örtliche Träger der Sozialhilfe waren an der Finanzierung beteiligt.

Die geförderten Projekte waren überwiegend darauf ausgerichtet, eine Beratung bzw. Betreuung in gefestigten Gruppen zu ermöglichen. In diesen Projekten wurden umfassende an den Bedürfnissen der Demenzkranken orientierte Beschäftigungsangebote vorgehalten. Im Mittelpunkt stand dabei die Biografiearbeit.

Eines der geförderten Angebote stellte die ambulante Betreuungsgruppe für Menschen mit Demenz der Diakonie im Kirchenkreis Uckermark dar. Insgesamt wurden 7 Personen einmal wöchentlich für 3 Stunden betreut. Die Betreuung wurde durch Diplom-Sozialarbeiter sichergestellt. Aber auch ehrenamtlich tätige Personen kamen in der Gruppe zum Einsatz. Diese wurden im Vorfeld durch die Alzheimer Gesellschaft Brandenburg e. V. geschult. Die Schulung der Mitwirkenden war und ist eine unabdingbare Voraussetzung der Anerkennung dieser Projekte durch die Pflegekassen.

Neben der oben bereits erwähnten Biografiearbeit wurden die Betreuungseinheiten thematisch gestaltet und enthielten gezielte Aktivitäten wie Kochen, Backen oder auch einfaches Musizieren. Durch die enge persönliche Betreuung konnte ein enges Vertrauensverhältnis zwischen BetreuerInnen und den Erkrankten aufgebaut werden, was auch zur Verbesserung der krankheitsbedingten Orientierungsstörungen führte.

Aber die geförderten Betreuungsangebote richteten sich nicht nur an die Betroffenen. Oftmals stoßen Angehörige von demenziell Erkrankten an physische und psychische Grenzen. Deshalb fand neben den regelmäßigen Treffen der Betreuungsgruppen auch eine aufsuchende Begleitung in der Häuslichkeit statt. Diese wurde durch den Helferinnenkreis abgesichert.

Einen Überblick soll die folgende Tabelle vermitteln:

Träger	Förderungen in €	Zahl der Betreu- ten 2006	Zahl der Betreu- ten 2005
Diankonisches Werk im Kir- chenkreis Uckermark e. V. • Ambulante Betreuungs- gruppe für Demenzkranke „ Voller Leben“	3.994	7	8
Diakoniestation Prenzlau e. V. Neustadt 36, 17291 Prenzlau • Betreuungsgruppe für Men- schen mit Demenz • Helferinnenkreis	3.600	9 in der Häuslichkeit 134	9
AWO Uckermark Sozial und Pflege gGmbH, Klosterstraße 14 c, 17291 Prenzlau • Betreuungsgruppe für an Demenz erkrankte Men- schen in Templin und Prenzlau • Helferinnenkreis und Koor- dination in Prenzlau und Templin*	4.538 5.081	8 210**	 288**

* Durch den Helferinnenkreis wurden zusätzlich regelmäßig 4 Pflegefälle zweimal wöchentlich in der Wohnung betreut

** zusätzliche Beratungen und Hausbesuche

Die Zahl der Demenzerkrankungen wird prognostisch weiter zunehmen. Nach Erhebungen des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Familie aus dem Jahr 2002, neuere Daten stehen für die Uckermark nicht zur Verfügung, war ausgehend von 1.412 Erkrankungen im Landkreis Uckermark, die im Jahr 1999 bekannt waren, für das Jahr 2005 eine Zahl von 1.570 erkrankten Personen prognostiziert worden. Für das Jahr 2010 ergab sich eine Prognose von 1.862 und für das Jahr 2015 von insgesamt 2.174 Personen, die an demenziellen Erkrankungen leiden werden.

2.3 Psychosoziale Betreuung älterer Menschen und Hospizarbeit

Eng verknüpft mit den eben dargestellten Angeboten war auch die Beratungsstelle für Menschen mit Demenz der AWO Uckermark Sozial und Pflege gGmbH, Klosterstraße 14 c, 17291 Prenzlau. Ziel der Beratungsstelle war es, Informationen durch eine gezielte und umfangreiche Beratung von Angehörigen über das Krankheitsbild aber auch über den richtigen Umgang mit den Erkrankten zu vermitteln.

Im Jahr 2006 wurden insgesamt 206 Beratungsgespräche geführt. Deren Schwerpunkt lag in Ursachen, Erkennung und Therapie der Alzheimerkrankheit und anderer demenzieller Erkrankungen sowie in der Vorsorge zu rechtlichen und finanziellen Fragen.

Die Gerontopsychiatrische Betreuung/Ambulante Sterbebegleitung des AWO-Ortsvereins Schwedt stellte einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der gerontopsychiatrisch erkrankten Personen dar. Im Berichtszeitraum wurde das Projekt mit 23.500 € gefördert. Es fanden insgesamt 331 Hausbesuche in Haushalten von 19 Klienten statt. Ziel der gerontopsychiatrischen Betreuung war es, die Klienten geistig, körperlich und seelisch zu aktivieren, so dass diese ein möglichst hohes Maß an Wohlbefinden in der Häuslichkeit erleben konnten. Damit ließen sich Aufnahmen in stationäre Pflegeeinrichtungen für eine gewisse Zeit vermeiden.

Als neues Angebot wurde im Jahr 2006 die Hospizarbeit der Schutzhütte Schwedt aufgenommen. Oftmals wollen Angehörige Sterbende auf ihrem letzten Weg begleiten; dies oft auch in der eigenen Wohnung. Den Sterbenden professionelle Hilfe bei der Pflege und den Angehörigen Beistand auf dem letzten Weg zu geben, sind die Ziele, die die Hospizbewegung verfolgte und noch immer verfolgt. Für das Projekt wurden insgesamt Sachkosten in Höhe von 1.800 € ausgereicht. Die Förderung erfolgte, um die Schulung und die Arbeit der ehrenamtlich Tätigen zu ermöglichen. In regelmäßigen Abständen wurde eine Supervision durchgeführt, um die seelischen Belastungen, die sich aus der Begleitung der Sterbefälle ergeben hatten, zu verringern.

Dass es ein großes Interesse im Bereich der Hospizarbeit gab, zeigt sich an der zwischenzeitlich erfolgten Gründung des Uckermärkischen Hospizvereins, der nunmehr in Angermünde, Schwedt, Templin und Prenzlau tätig ist.

3 Behindertenhilfe

3.1 Behindertenhilfe – Betreuungsdienste für chronisch psychisch kranke Menschen

In den Bereich der Behindertenhilfe war das Projekt „Beschäftigungsangebot für psychisch kranke Menschen“ des MSZ Angermünde einzuordnen. Es wurde anteilig mit 12.150 € gefördert. Die Schwerpunkte im Projekt lagen in der Vorbereitung von Bewerbungsgesprächen sowie der Vermittlung in Beschäftigungsmöglichkeiten (nicht versicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse) und der psychosozialen Begleitung der Projektteilnehmer im Beschäftigungszusammenhang, aber auch in weiterführenden Maßnahmen, z. B. des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende. Während im Jahr 2005 insgesamt 14 Personen im Projekt betreut wurden, waren es 2006 19.

Das niedrigschwellige Beschäftigungsangebot, das seitens der Volkssolidarität Brandenburg e.V. in Prenzlau vorgehalten wurde, sollte den Nutzern eine Tagesstrukturierung, vor allem aber eine sinnvolle Beschäftigung ermöglichen. Die den 12 ständigen Nutzern und auch anderen Personen, die das Angebot nur unregelmäßig nutzten, zur Verfügung stehenden Beschäftigungen waren sehr vielseitig und reichten von kreativ gestalterischen Tätigkeiten über hauswirtschaftliche bis hin zu handwerklichen Tätigkeiten.

Die Regelmäßigkeit der Besuche war in diesem Angebot von der seelischen Verfassung der Nutzer abhängig. Durch das Projekt sollte ein hoher Grad an Eigeninitiative, Selbstwert und auch Selbstbestätigung befördert werden.

3.2 Familienentlastende und familienunterstützende Dienste (FED)

Im Berichtszeitraum wurden 3 Projekte der familienentlastenden und -unterstützenden Dienste gefördert. Das Gesamtvolumen betrug dabei 157.327 €, das auf den Lebenshilfe KV Uckermark e. V. (83.827 €), die EJF-Lazarus gAG - Lebensräume - Am Aquarium in Schwedt (39.000 €) und die IG Frauen e. V. Prenzlau (34.500 €) aufgeteilt wurde.

Das Hauptaugenmerk der Tätigkeit der FED lag in einer ambulanten Versorgung nichterwerbsfähiger behinderter Personen, die anstelle einzelfallbezogener kostensatzfinanzierter Maßnahmen erfolgte. Diese Angebote wirkten in zwei Richtungen. Zum einen stellten sie die Betreuung behinderter Personen, vor allem von Kindern und Jugendlichen, sicher und bewirkten bei ihnen eine weitergehende Förderung der Fähigkeiten, sei es durch die Kreativbeschäftigungen - wie z. B. Malerei - oder Sportveranstaltungen oder aber auch durch Arbeitsgemeinschaften. Zum anderen wurde wie die Bezeichnung FED es aufzeigt, aber auch eine Entlastung der Angehörigen angestrebt. Gerade die langandauernde Betreuung und Pflege behinderter Menschen löst bei den Familienangehörigen für sich genommen oftmals schon schwere physische und psychische Belastungen aus. Man darf nicht verkennen, dass Pflege und Betreuung von Behinderten oftmals zur sozialen Isolation oder Überforderung der betreuenden Familienangehörigen führen kann.

Den Nutzern - also den behinderten Kindern und Jugendlichen - sollte in den FED ermöglicht werden, losgelöst vom Elternhaus Gemeinsamkeit, ein gewisses Maß an Selbstständigkeit sowie auch Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu erleben. Es sollte eine größtmögliche Autonomie und Selbstständigkeit außerhalb des Elternhauses gefördert werden.

Einen nicht unwesentlichen Teil der Betreuung durch die FED machte die Freizeitgestaltung aus. Menschen ohne Behinderung können auf ein breit gefächertes Angebot zurückgreifen, während Menschen mit Behinderung oftmals schon wegen fehlender Barrierefreiheit nicht von Freizeitangeboten partizipieren können.

Im Rahmen der Betreuung, beispielsweise durch die IG Frauen, wurden regelmäßig Kreativbeschäftigungen und Sportnachmittage durchgeführt. Der Kreativbereich in der UckerWelle wurde regelmäßig von 5 bis 10 Kindern genutzt; die Veranstaltungen im Bürgerhaus von 5 bis 20 Personen.

Am familienunterstützenden Dienst der Lebenshilfe Kreisvereinigung Uckermark partizipierten ca. 40 Familien aus den Altkreisen Angermünde, Templin und der Stadt Schwedt/Oder. Regelmäßig konnte eine kostenaufwendige integrative Hortbetreuung vermieden werden.

Die Kranichgruppe der EJF-Lazarus gAG wurde im Berichtszeitraum regelmäßig von 5 behinderten Jugendlichen besucht, die nicht werkstattfähig waren. Damit konnten kostenaufwendige tagesstrukturierende Maßnahmen vermieden werden. Aufgrund der Besucherzahl konnte individuell auf die Bedürfnisse der Nutzer eingegangen werden, was eine entsprechende Förderung ermöglichte.

Neben den oben aufgezeigten Beschäftigungsangeboten in der Betreuung behinderter Menschen wurde auch auf die Integration der Besucher in das unmittelbare Wohnumfeld bzw. dem Stadtgebiet ein Schwerpunkt gesetzt. So wurden enge Kontakte zu Kindertagesstätten unterhalten, um den Kindern einfühlsam den Umgang mit behinderten Menschen nahe zu bringen.

3.3 Niedrigschwellige Kontakt- und Beratungsangebote für suchtkranke Menschen

Der Bereich der Suchtkrankenhilfe stellte die Sozialarbeiter vor vielfältigen Problemen, die einerseits in den Suchtkranken selbst lagen, aber auch in der gesellschaftlichen Akzeptanz Suchtkranker. Problematisch war zunächst die Motivation Suchtkranker, Hilfsangebote anzunehmen.

Da die Krankheitseinsicht in den seltensten Fällen vorlag, war es für die Sozialarbeiter wichtig, eine vertrauensvolle Beziehung aufzubauen, was eine gewisse Zeit in Anspruch nahm. Dies konnte regelmäßig nur durch eine aufsuchende Betreuung geleistet werden.

Die entsprechenden Angebote beinhalteten regelmäßig die Hilfe bei der Tagesstrukturierung, die Kooperation mit Arbeitgebern, Ämtern und Kostenträgern, die Vermittlung zu Schuldnerberatungsstellen, die Abwendung von Obdachlosigkeit bzw. die Beschaffung von Wohnraum usw. Es sollte eine Sozialisierung und Neuorientierung in der Gesellschaft gefördert werden.

Durch die Diakonie im Kirchenkreis Uckermark wurden im Bereich Angermünde und Schwedt regelmäßig 84 chronisch mehrfach geschädigte Suchtkranke betreut. Es erfolgte eine aufsuchende Beratung. Wenngleich eine ernsthafte Abstinenzabsicht bei den wenigsten Klienten vorhanden war, konnten doch 17 Personen zunächst zu einem Entzug im Krankenhaus motiviert werden. Auch nach Durchführung solcher Maßnahmen blieb der Kontakt zwischen den Klienten und den Sozialarbeitern bestehen, da oftmals eine familiäre Anbindung fehlte.

Die Angebote der EJV-Lazarus gAG „Niedrigschwellige Betreuung chronisch mehrfachgeschädigter Abhängigkeitskranker Menschen“ und „Streetwork/ Suchtprävention“ sollen im Zusammenhang mit der Suchtberatungsstelle der EJV-Lazarus gAG unter Punkt 5 dargestellt werden, da sich an diesem Beispiel darstellen lässt, wie positiv aufeinander abgestimmte Projekte in einem Sozialraum wirken können.

Das Angebot der Notschlafstelle Penkun, das sich in Trägerschaft des Blauen Kreuzes befand, richtete sich an suchtkranke Menschen, die dort ein vorübergehendes Zuhause in Anspruch nehmen konnten. Während zu Beginn des Berichtszeitraumes 4 Männer eine entsprechende Hilfe in Anspruch nahmen, wurden im Jahresverlauf 8 weitere Personen aufgenommen.

Bei den Personen zeichneten sich Alkohol- oder Medikamentenabhängigkeit bzw. die Kombination aus beiden ab. Wegen der Niedrigschwelligkeit des Angebotes war es oftmals erst möglich gewesen, weitere Hilfermöglichkeiten, z. B. Eingliederungshilfe nach dem SGB XII, anzuregen.

Am „Arbeitstraining für suchtkranke Menschen“, das sich in gleicher Trägerschaft wie die Notschlafstellen befand, nahmen im Berichtszeitraum 16 Personen teil, die insgesamt 7630 Arbeitsstunden leisteten. Im Projekt standen eine Tagesstrukturierung und die Einbindung in die Gruppe im Vordergrund bzw. sollten sowohl die Reaktivierung der Leistungsfähigkeit als auch die Belastbarkeit und Ausdauer trainiert werden.

3.4 Selbsthilfegruppen

Im Rahmen des Fachplanungsbereiches Behindertenhilfe wurden insgesamt 39 Selbsthilfegruppen gefördert. Die Selbsthilfegruppen sollen von Krankheit oder Behinderung betroffenen Personen bzw. deren Angehörigen die Möglichkeit geben, Informationen und Erfahrungen auszutauschen. Sie sind ein Ort der praktischen Lebenshilfe, der gegenseitigen Unterstützung und Motivation. Die Förderung für die Selbsthilfegruppen erfolgte pauschal in Höhe von 120 €. Diese dienen regelmäßig dazu, Sachkosten, z. B. Mieten usw., abzudecken.

Eng mit der Arbeit der Selbsthilfegruppen war im Jahr auch die Arbeit der Selbsthilfekontaktstelle REKIS, die sich in Trägerschaft des AWO Kreisverbandes Uckermark e. V. befindet. Die Kontaktstelle sollte die Arbeit der Selbsthilfegruppen unterstützen. Insgesamt wurden im Berichtszeitraum 2.500 Beratungskontakte realisiert. Die Personalstelle wurde mit insgesamt 9.000 € gefördert.

4. Zielgruppenübergreifende Dienste

4.1 Schuldnerberatungsstellen

In § 11 SGB XII werden als Leistungen des Sozialhilfeträgers u. a. Beratungsleistungen benannt. Allerdings soll die Verwaltung auf bestehende Beratungsangebote der Träger der freien Wohlfahrtspflege hinweisen. Solche Angebote stellen die Schuldnerberatungsstellen dar. Soweit seitens des Trägers der Sozialhilfe eingeschätzt wird, dass eine weitergehende Fachberatung angezeigt ist, hat er auf die Inanspruchnahme einer Schuldnerberatungsstelle hinzuwirken. Insoweit sollen durch das Sozialamt die angemessenen Beratungskosten übernommen werden, wenn die besondere Lebenslage nicht überwunden werden kann. Hier kommen die in der Einleitung dargestellten Prinzipien besonders zum Tragen. Durch die institutionelle Förderung der Schuldnerberatungsstellen, wie sie sich aus der Förderung der Freien Wohlfahrtspflege ergibt, wird ein aufwendiges Verwaltungsverfahren entbehrlich gemacht, das wenn man es durchführen müsste, sicherlich zu einer hohen Hemmschwelle auf Seiten des Betroffenen führt, eine solche Hilfe anzunehmen oder gar einzufordern.

Die Kernaufgabe dieser Angebote liegt in der Beratung von Personen bei der Regulierung ihrer Schulden. Die Leistungen der Schuldnerberatungsstellen sind darauf gerichtet, den Betroffenen bei der Entschuldung zu helfen. Dies kann auch bedeuten, dass die Durchführung eines Verbraucherinsolvenzverfahrens angeraten wird.

Im Weiteren soll die materielle Lebensgrundlage stabilisiert bzw. die Abhängigkeit von staatlichen Transferleistungen zurückgeführt werden. Die Vorbeugung einer Überschuldung bzw. die Verhinderung von Rückfällen in eine Überschuldung stehen auch im Mittelpunkt der Schuldnerberatung.

Allerdings sind die finanziellen Probleme oft nur der Anlass, aus dem sich mehrdimensionale Problemlagen entwickeln. Die finanzielle Situation wirkt sich regelmäßig auch nachhaltig im persönlichen, sozialen und familiären Umfeld aus.

Der Landkreis Uckermark hat im Berichtszeitraum insgesamt 4 Schuldnerberatungsstellen auf vertraglicher Grundlage gefördert. Dem lag ein Konzept zugrunde, das im Jahre 1998 zwischen den Trägern der Schuldnerberatungen und dem Landkreis Uckermark abgestimmt wurde. In diesem wurden seinerzeit Aufgaben sowie Zielstellungen, die Einzugsgebiete, die fachlichen Qualifikationen der Mitarbeiter und anderes mehr vereinbart.

Die geförderten Schuldnerberatungsstellen befanden sich in der Trägerschaft des DRK KV Uckermark Ost e. V. (Standort Schwedt) und KV Uckermark West/Oberbarnim e. V. (Standort Prenzlau), der Arbeiterwohlfahrt Uckermark e. V. (Standort Templin) und des Diakonischen Werkes im Kirchenkreis Uckermark e. V. (Standort Angermünde).

Die Förderung erfolgte im Berichtszeitraum aber nicht alleinig aus Mitteln der Haushaltsstelle 74000, mithin des Sozialamtes, sondern auch aus Mitteln des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende. Der Bundesgesetzgeber hat in § 16 Abs. 2 S. 2 SGB II auch flankierende Maßnahmen, insbesondere die Schuldnerberatung, aufgezeigt. Der Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende ist deshalb verpflichtet, auch entsprechende Angebote vorzuhalten und zu finanzieren. Zwischen dem Sozialamt und dem Amt zur Grundsicherung gab und gibt es bezüglich der Förderung der Schuldnerberatungsstellen ein abgestimmtes Konzept.

Die Förderung der Schuldnerberatungsstellen stellte sich wie folgt dar:

Träger	Ort	Förderung Sozialamt in €	Amt zur Grund- sicherung für Arbeitsuchende in €	Förderung gesamt
DRK KV UM Ost e. V.	Schwedt	6.521,00	36.794,00	43.315
DRK KV UM West/Oberbarnim e. V.	Prenzlau	5.831,00	32.578,00	28.471
AWO UM e. V.	Templin	4.200,00	22.640,00	26.840
Diakonie im KK UM e. V.	Angermünde	3.448,00	18.014,00	21.462

Die Zahl der Ratsuchenden belief sich in den Jahren 2005 und 2006 für die Schuldnerberatungsstellen:

	2006	2005
in Schwedt/Oder	335 Personen	352 Personen
in Prenzlau	351 Personen	290 Personen
in Templin	186 Personen	186 Personen
in Angermünde	112 Personen	87 Personen
gesamt	984 Personen	890 Personen

Vergleicht man die Inanspruchnahme der Schuldnerberatungsstellen, so zeigt sich eine Steigerung von rund 11 % binnen eines Jahres, wenn man die Zahlen aus dem Jahr 2005 zum Jahr 2006 ins Verhältnis setzt.

Legt man die Auswertungen zugrunde, die sich aus dem Schuldneratlas der Firma creditreform für das Jahr 2006 ergaben, so zeigt sich, dass zum Stichtag 01.10.2006 rund 7,2 Millionen Deutsche als überschuldet galten, d. h., bestehende Verbindlichkeiten konnten in absehbarer Zeit nicht beglichen werden und zur Deckung des Lebensunterhaltes standen weder Vermögen noch andere Darlehensmöglichkeiten zur Verfügung. Diese aufgezeigten Voraussetzungen ergaben eine Schuldnerquote von 10 % bezogen auf die erwachsene Bevölkerung bundesweit. Im Bundesdurchschnitt hat sich eine Steigerung der überschuldeten Personen zum Jahr 2005 um absolut 180.000 ergeben. Legt man vergleichbare Auswertungen aus dem Vorjahr zugrunde, so zeigt sich, dass der Anstieg zwar nicht so gravierend ausgefallen ist - vom Jahr 2004 zum Jahr 2005 ergab sich eine absolute Steigerung um 470.000 Personen - aber gleichwohl ist eine Verstetigung zu erkennen. Legt man diese Werte für den Landkreis Uckermark zugrunde, so zeigt sich, dass mit einer hohen Dunkelziffer zu rechnen ist.

4.2 Tafeln

Ein großer Zulauf war bei den Angeboten der Tafeln zu verzeichnen. Dort konnten Personen, die Leistungen nach dem SGB II bzw. XII bezogen, Lebensmittel zu geringeren Preisen als in Supermärkten erwerben bzw. die Lebensmittel wurden kostenlos abgegeben. Die Lebensmittel, die durch die Tafeln ausgegeben wurden, stammen aus Spenden von Lebensmittelmärkten, Gaststätten, Bäckereien usw.

Die Angermünder Tafel, die durch das Diakonische Werk im Kirchenkreis Uckermark e. V. getragen wird, gab im Jahr 2006 insgesamt 3.246 Lebensmitteltüten aus. Davon entfielen beispielsweise 3.075 Tüten auf Arbeitslosengeld II-Empfänger, 39 auf Altersrentner und 99 auf Erwerbsunfähigkeitsrentner. Durch die Mitarbeiter der Diakonie wurden und werden an insgesamt 6 Tagen der Woche Lebensmittelspenden bei den in Angermünde ansässigen Unternehmen eingeworben. Es wurden insgesamt 2.011 Essensportionen ausgegeben. Der überwiegende Teil der warmen Mahlzeiten, nämlich 1.874, entfiel auf Empfänger des Arbeitslosengeldes II. Die Zahl der Nutzer blieb im Vergleich zum Vorjahr konstant.

Ebenfalls gefördert wurde im Berichtszeitraum die Prenzlauer Tafel. Es wurden 8.000,00 € zur teilweisen Deckung der Sachkosten ausgereicht. Dort ergaben sich für das Jahr 2006 insgesamt 2.300 Nutzer, die aus Lebensmittelspenden versorgt werden konnten. Nach Angaben des Trägers – AWO Kreisverband Uckermark - teilten sich die Nutzer der Tafel in Prenzlau prozentual wie folgt auf:

- ca. 15 % Jugendliche bis 25 Jahre,
- ca. 45 % Bezieher von Arbeitslosengeld II,
- ca. 20 % Geringverdiener,
- ca. 20 % Rentner mit geringer Rente.

Für die Arbeit der Schutzhütte in Schwedt, die sich in Trägerschaft des Advent-Wohlfahrtswerkes Brandenburg e. V. befindet, wurde eine Förderung in Höhe von 12.500 € ausgereicht. Auch dort wird eine Tafel unterhalten. Von den Sachspenden der Lebensmittelmärkte usw. wurden insgesamt 7.490 Lebensmittelbeutel gepackt und ausgegeben, 8.060 warme Mahlzeiten angeboten und 8.300 zusätzliche Lebensmitteleinkäufe ermöglicht.

4.3 Soziale Orientierungshilfe

Die Soziale Orientierungshilfe, die durch die Diakonie im Kirchenkreis Uckermark e. V. in Angermünde angeboten wurde, stellte sich als ein offenes Beratungsangebot dar, das sich als Anlaufpunkt für alle Menschen mit sozialen Problemen verstand.

Durch die personelle Anbindung an die Schuldnerberatungsstelle der Diakonie im Kirchenkreis Uckermark e. V., die sich ebenfalls in Angermünde befand, konnten die oben bereits angesprochenen mehrdimensionalen Problemlagen, die ihre Ursachen oft auch in der Verschuldung hatten, einer umfassenderen Lösung zugeführt werden, die das persönliche aber auch soziale Gesamtumfeld berücksichtigte. Neben diesem Synergieeffekt lagen die Schwerpunkte unter anderem in der Befähigung zu selbständigen Problembewältigungen, der Vermittlung zu weiterführenden spezialisierten Hilfen und auch in der Unterstützung bei der Beantragung von Sozialleistungen. Die Beratungsstelle stand den Betroffenen von Montag bis Freitag zur Verfügung.

Die Beratungsstelle wurde im Berichtszeitraum von 139 Personen aufgesucht, die insgesamt 474 Beratungstermine wahrgenommen haben. Ein fachlicher Schwerpunkt in den Gesprächen lag in Fragen zum SGB II, wobei sich das Spektrum von der Beantragung von SGB II bis hin zur Einlegung von Widersprüchen richtete.

4.4. Frauenhäuser

In den Bereich der zielgruppenübergreifenden Dienste sind auch das Frauenhaus Schwedt/Oder in der Trägerschaft der EJF-Lazarus gAG und die Beratungsstelle mit Zufluchtswohnung des Kreisverbandes der Arbeiterwohlfahrt (AWO) in Prenzlau einzuordnen.

Diese Einrichtungen stehen Frauen und deren Kindern offen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind und kurzfristig die eigene Wohnung verlassen mussten. Regelmäßig sind tätliche Übergriffe der Partner vorausgegangen. Das Frauenhaus in Schwedt weist eine Kapazität von 12, die Zufluchtswohnung von 4 Plätzen auf. Diese Kapazitäten waren wie folgt ausgelastet:

Träger	durchschnittliche Auslastung 2005 in %	durchschnittliche Auslastung 2006 in %	durchschnittliche Auslastung 2007 in %
Frauenhaus der EJF-Lazarus gAG	94	77	95,53
Zufluchtswohnung der AWO	63	83	68,57

Dem Frauenhaus bzw. der Zufluchtswohnung waren und sind jeweils Beratungsstellen angegliedert. Diese gewährleisteten durch fachlich wie persönlich geeignete Mitarbeiterinnen eine an der persönlichen Situation der Betroffenen orientierte Beratung.

Die durchgeführten Beratungen können der folgenden Tabelle entnommen werden.

Träger	Beratungen 2005	Beratungen 2006	Beratungen 2007
Frauenhaus der EJF-Lazarus gAG	345	280	280
Zufluchtswohnung der AWO	84	92	116

Insgesamt wurden die Frauenhäuser mit 67.650 € gefördert. Seitens des Landes ergaben sich Zuschüsse in Höhe von 50.000 €, so dass eine verbleibende Förderung von 17.650 € durch den Landkreis Uckermark notwendig war.

5 Hilfen für psychisch Kranke und Suchtkranke aufgrund bestehender Verträge

Dieser Fachplanungsbereich beinhaltete Angebote, die auf vertraglicher Grundlage beruhten. In diesem Fachplanungsbereich erfolgte eine Festbetragsfinanzierung aufgrund bestehender Verträge. Er beinhaltete sowohl die Suchtberatungsstellen als auch die Kontakt- und Beratungsstellen für psychisch Kranke.

Die **Suchtberatungsstellen**, der MSZ Uckermark gGmbH und der EJF-Lazarus gAG wurden zu je 45.000 € aus Mitteln des Unterabschnittes 47.000 also der freien Wohlfahrtspflege gefördert. Aus Mitteln des Amtes zur Grundsicherung für Arbeitsuchende wurden im Berichtszeitraum jeweils 45.000 € zur Finanzierung dieser Angebote zur Verfügung gestellt. Des Weiteren standen jeweils 21.750 € zur Verfügung, die sich aus Mitteln des Landes Brandenburg ergaben. Mithin standen jeweils 111.750 € für die Träger zur Verfügung.

Die **Kontakt- und Beratungsstätten** der Volksolidarität in Brandenburg e. V., Kreisverband Uckermark und des Diakonischen Werkes im Landkreis im Kirchenkreis Uckermark e. V. erhielten aus Mitteln der Förderung der freien Wohlfahrtspflege je 33.750 €. Diese wurden um jeweils den gleichen Betrag aus Mitteln des Amtes zur Grundsicherung aufgestockt. Des Weiteren standen Landesmittel für die Förderung dieser beiden Angebote von jeweils 21.750 € zur Verfügung, so dass sich ein Gesamtvolumen von jeweils 89.250 € je Träger ergab.

5.1 Suchtberatungsstellen

Die im Jahr 2006 geförderte Suchtberatungsstelle der EJF-Lazarus gAG hat ihren Sitz in Prenzlau und versorgte neben dem Stadtgebiet Prenzlau auch die Einwohner des Altkreises Prenzlau. In der Beratungsstelle waren drei Mitarbeiter beschäftigt. Die dort tätigen Suchtberater wiesen eine Qualifikation als Diplom-Sozialarbeiter/Pädagoge bzw. Dipl.-Soziologe auf. Durch die Vernetzung der Suchtberatungsstelle mit den Projekten „Prävention/Streetwork“ sowie der Kontaktstelle konnte ein abgestimmtes Leistungsspektrum angeboten werden.

Im Jahr 2006 wurden von der Suchtberatungsstelle Prenzlau insgesamt 246 Klienten betreut, wovon 69 Personen nur einmalig dieses Hilfeangebot in Anspruch nahmen. Im Rahmen der Klientenbetreuung wurden insgesamt 1.548 Konsultationen durchgeführt. Darüber hinaus haben auch Angehörige das Beratungsangebot in Anspruch genommen. Im Verhältnis zum Vorjahr - also 2005 - blieb die Zahl der Klienten nahezu konstant.

Insgesamt wurden neben der Beratungstätigkeit Präventionsveranstaltungen zu verschiedensten Themenkreisen durchgeführt. An den insgesamt 13 Veranstaltungen nahmen 184 Personen teil. Diese Veranstaltungen waren auf unterschiedliche Zielgruppen zugeschnitten. So wurden beispielsweise 5 Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche durchgeführt; vier richteten sich an Mitarbeiter im pädagogischen Bereich.

Es ergibt sich ein Sinnzusammenhang zu den Projekten „Streetwork“ und „Niedrigschwellige Betreuung für chronisch mehrfachgeschädigte Abhängigkeitskranke“. Diese sollen deshalb in diesem Kontext erörtert werden, obwohl deren Arbeit im Fachplanungsbereich der Behindertenhilfe gefördert wurde. Anhand dieser Projekte lässt sich auf einen Sozialraum bezogenen Bereich nachvollziehen, welche Effekte abgestimmte Projekte haben können.

Das Projekt „Streetwork“ stellt ein niedrigschwelliges Angebot der Suchtkrankenhilfe dar. Die Begegnungen fanden im Umfeld des Betroffenen statt, was ein Gefühl von Sicherheit und Nähe schuf und sich somit als vertrauensbildend darstellte.

Primäres Ziel war es, den Kontakt zu den Abhängigkeitskranken aufzubauen und zu halten, da diese oftmals nicht in der Lage waren, eigenständig auf bestehende Hilfsangebote zuzugehen. Da das Streetwork oftmals den ersten Kontakt zur Suchtkrankenhilfe darstellte, war es auch ein Hauptanliegen, zur Inanspruchnahme weitergehender Hilfen zu motivieren.

Innerhalb dieses Projektes, das mit 15.000 € für Personal- und Sachkosten gefördert wurde, wurden 282 Kontakte zu betroffenen Personen (184) hergestellt. Im Vorjahr waren es noch 258 Kontakte (108 Personen).

Im Berichtszeitraum wurde das Angebot „Niedrigschwellige Betreuung für chronisch mehrfachgeschädigte Abhängigkeitskranke“ von insgesamt 379 Personen wahrgenommen, wobei die Bandbreite der Frequentierungen von einmaligen bis nahezu täglichen Besuchen durchaus unterschiedlich war. In der Kontaktstelle wurden tagest gestaltende Strukturen vorgegeben, die den Klienten eine Orientierung geben sollten. Es sollten motorische, kommunikative und beziehungsgestaltende Fertigkeiten geschult werden. Aber auch die Verbesserung von Selbstwirksamkeitserwartungen sowie die Verbesserung bzw. überhaupt der Erhalt kognitiver Fähigkeiten standen im Mittelpunkt der Tätigkeiten. Im Projekt selbst wurden die oben dargestellten Zielstellungen durch Gruppen- bzw. Einzelgespräche erreicht.

Seitens des MSZ Uckermark gGmbH erfolgte die Betreuung der Suchtberatungsstellen in Angermünde und Templin. In den Beratungsstellen, die sich in Angermünde und Templin befanden, waren im Berichtszeitraum z. B. eine Diplom-Psychologin, zwei Diplom-Sozialarbeiter, eine Suchttherapeutin tätig.

Es wurden insgesamt 208 Betroffene, 48 Angehörige und 12 sonstige Personen beraten; also insgesamt 268 Personen.

Im Verhältnis zum Vorjahr stieg die Zahl um 9 Beratungsgespräche. Für 2005 lag die Zahl der Beratungen bei 259. In der Beratungstätigkeit war erkennbar, dass Alkohol mit 70 % und Cannabis mit 11 % zu den am häufigsten konsumierten Drogen gehörten.

5.2 KBS für psychisch Kranke

In Schwedt und Angermünde unterhielt die Diakonie im Kirchenkreis Angermünde e. V. eine Kontakt- und Begegnungsstätte (KBS) für psychisch Kranke. Deren Einzugsbereiche waren die Altkreise Angermünde bzw. die Stadt Schwedt.

Die Kontakt- und Begegnungsstätten waren an 5 Tagen in der Woche – von Montag bis Freitag in der Zeit von 9 – 16 Uhr in Angermünde in der Berliner Straße 45 und in Schwedt, Am Kniebusch 32 zu erreichen. Die Besucher der KBS sollten ermutigt werden, Eigenverantwortung, aber auch Verantwortung für andere zu übernehmen, sich mit den Möglichkeiten eigener Entwicklung auseinander zusetzen. Neben der Krisenbegleitung und der psychosozialen Beratung waren die weiteren Schwerpunkte unter anderem in der Beratung zur Alltagsbewältigung und zu Leistungsansprüchen zu sehen. Im Vordergrund stand das Angebot von Hilfen zum Aufbau und Erhalt zwischenmenschlicher Kontakte und zur Sicherung der Teilnahme am öffentlichen Leben.

Die KBS Schwedt und Angermünde hatten bezogen auf den Berichtszeitraum 45 Stammbesucher und 18 Personen, die das Angebot nur sporadisch wahrnahmen. Die Stammbesucher wiesen beispielsweise Psychosen des schizophrenen Formenkreises, affektive bzw. neurotische Störungen auf. Es wurden insgesamt 1369 persönliche Beratungen – davon 301 telefonisch – zu den verschiedensten Themenbereichen durchgeführt. Im Rahmen der Arbeit wurden auch Außenaktivitäten durchgeführt, die Museumsbesuche, Theaterbesuche und anderes mehr beinhalten.

Die Volksolidarität Landesverband Brandenburg e. V. unterhielt sowohl in Templin als auch in Prenzlau Kontakt und Begegnungsstätten. Diese befinden sich in Mühlmannstraße 7 in 17291 Prenzlau und in der Prenzlauer Allee 63 in 17268 Templin.

Die KBS in Prenzlau nutzten insgesamt 62 Stammbesucher, die täglich bzw. wöchentlich das Angebot nutzen. Die Krankheitsbilder, die die Nutzer aufwiesen, entsprechen denen, die oben bereits beschrieben worden sind. Es wurden insgesamt 189 Beratungen in Einzelgesprächen durchgeführt. Dazu kommen weitere 49 Gruppengespräche sowie Kontakte und Gespräche mit Ämtern, Institutionen, Wohnungsbaunternehmen in nicht unerheblichem Umfang.

In Templin nutzten insgesamt 40 Stammbesucher die KBS. Mit diesen wurden insgesamt 89 Einzelberatungsgespräche, 45 offene Gruppengespräche geführt.

6. Ergebnis

Anhand der dargestellten Projekte zeigt sich, dass es in der Uckermark ein gut aufeinander abgestimmtes Versorgungskonzept an niedrighschwelligen Beratungsstrukturen und ambulanten Diensten gibt, das der öffentlichen Daseinsvorsorge dient. Diese breit gefächerten Angebote ermöglichen aufgrund der jeweils trügereigenen inhaltlichen Ausrichtung bzw. der entsprechenden Methoden in der Umsetzung, oftmals erst die Gewährung von Eingliederungshilfeleistungen vor dem Hintergrund eines Wunsch- und Wahlrechts, wie es sich in § 9 SGB XII niederschlägt.

Die Ergebnisse, die im Zusammenhang mit der Abrechnung der Fördermittel evaluiert werden, werden in der LIGA diskutiert. Aufgrund dieser Diskussionen, in die auch sozialrechtliche Reformen und gesellschaftliche Entwicklungen eingebracht werden, wird an der Anpassung der Angebote an die sich ändernden Erfordernisse gearbeitet.

Aufgrund der gegebenen sozialen Situation, die sich insbesondere unter Beachtung der Arbeitsmarktlage und der Einkommenssituation abzeichnet, wird auch in Zukunft eine Notwendigkeit für die aufgezeigten Angebote und Dienste bestehen. Aber auch der demografische Wandel führt dazu, dass entsprechende Dienste und Angebote vorzuhalten sein werden.